

Null Transparenz von Mr. Zero Tolerance

Gewohnt wortkarg fiel die Antwort von Luc Frieden (CSV) auf eine parlamentarische Anfrage des DP-Abgeordneten Xavier Bettel zur Situation im Schrassiger Gefängnis aus. Auf die Frage, ob tatsächlich Häftlinge aus Platzmangel auf am Boden liegenden Matratzen in den Zellen schlafen müssen, geht der Justizminister gar nicht erst ein. Auch die Frage nach einem Personalmangel beantwortet Frieden nicht. Der Hardliner der CSV, der selbst "Zero Tolerance" gegenüber Straftätern proklamiert, kündigte lediglich an, noch vor Ende dieses Jahres 14 neue Wärterstellen zu schaffen. Damit würde deren Zahl auf insgesamt 228 steigen, gegenüber 192 WächterInnen im Jahr 2000. Immerhin eines bestätigte Frieden: Die Gefangenenzahl sei von 285 Anfang 2002 auf inzwischen 580 Personen angestiegen - laut Frieden "une forte augmentation imprévisible".

Auch die neu gegründete Gefangenendelegation meldete sich zu Wort. Sie hatte sich Ende vergangener Woche mit Staatsanwaltschaft und Beamten aus dem Justizministerium getroffen. Laut Delegation seien keine Zugeständnisse seitens des Ministeriums gemacht wurden; Luc Frieden war gar nicht erst zur Unterredung erschienen. In einem fünfseitigen Bericht listen die Gefangenenveteren noch einmal ausführlich ihre Kritik auf: zu lange Haftstrafen im europäischen Vergleich, erschwerter oder veränderter Kontakt zu Angehörigen, ungenügende ärztliche Versorgung, schlechte Ausbildung des Wachpersonals, fehlende Transparenz bei Disziplinarmaßnahmen, unzureichende Hilfen für Drogenabhängige, unzureichende Arbeitsangebote, Unsicherheit bei der Altersversorgung von Langzeitinsassen. Bereits Anfang September hatten rund 70 Gefangene mit einem Sitzstreik gegen die aktuelle Überbelegung und die unerträglichen Haftbedingungen protestiert.

DP-Wende in der Stadtentwicklung

Bekommen der DP Wahlniederlagen besser als Wahlsiege? Wie anders wären jüngste Entwicklungen in der Verkehrs- und Stadtplanungspolitik der von den Liberalen geführten Hauptstadt zu verstehen. In einer rezenten Unterredung mit dem sozialistischen Transportminister Lucien Lux haben Bürgermeister Paul Helming (DP) und sein (Noch-)Vize Paul Henri Meyers (CSV) jedenfalls ein Thema berührt, das in den letzten fünf Jahren fast wie ein Tabu aus dem Sprachgebrauch liberaler PolitikerInnen getilgt worden war: Die Stadtoberen werden sich nicht mehr gegen eine Weiterführung des BTB-Projektes durch den Stadtkern sträuben. "Die DP-CSV Mehrheit hat wertvolle Zeit vergeudet und ist mitverantwortlich für die katastrophale Verkehrssituation", meint dazu das grüne Gemeinderatsmitglied François Bausch. Die jetzt von Helming und Co andiskutierte Lösung lag in der Form bereits vor zehn Jahren vor, und war zum Ende der CSV-LSAP-Koalition 1994-1999, trotz jahrelanger Störmanöver vor allem der DP, auch politisch spruchreif. Nach dem Wahlsieg der DP in Stadt und Land wurde das Vorhaben dann allerdings ad acta gelegt. Die Ausführungen von Helming und Meyers sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, denn unter "Anbindung des Stadtkerns" kann auch eine Weiterführung der geplanten Kirchberglinie nach Süden am eigentlichen Stadtkern vorbei verstanden werden. Schließlich sind sowohl CSV als auch DP die Kommunalwahlen 1999 mit dem Versprechen angegangen "keine Schienen durch das Zentrum" zu legen. Auch in Sachen Stadtkernentwicklung scheint Helming neuen Mut gefasst zu haben. So soll, durch die Schaffung einer "zone de rencontre" in der Altstadt, der Transitverkehr eingeschränkt werden. Zwar wird die Stadt östlich des "Knuedler" nicht ganz für Autos gesperrt aber es soll eine Art "gleichberechtigte" Nutzung geben: Die Maximalgeschwindigkeit wird auf 20 Stundenkilometer abgesenkt und die FußgängerInnen können ungestraft auf der Fahrbahn herumwandern. Dass man überhaupt Autos zulassen muss, ist nicht zuletzt eine Konsequenz der Parkhauspolitik der letzten 30 Jahre.

Vor 30 Jahren sorgte das von der União Weimerskirch herausgegebene "Schwarzbuch über die Situation der Fremdarbeiter in Luxemburg" für Aufsehen. Geändert hat sich an den Verhältnissen wenig, gibt einer der Mitverfasser, Asti-Präsident Serge Kollwelter, zu bedenken.

(Foto: Christian Mosar)

**MIGRATION**

"Wir haben noch viele Hausaufgaben zu machen"

woxx: *Das Schwarzbuch über die Situation der Fremdarbeiter in Luxemburg wurde vor 30 Jahren veröffentlicht. Es prangerte die Missstände an, unter denen ImmigrantInnen hier zu Lande damals lebten. Wie kam es zu dem Buch?*

Serge Kollwelter: Anfang der 70er Jahre wurden verstärkt Arbeitskräfte aus Portugal angeworben, die in großer Zahl nach Luxemburg kamen. União wurde 1972 von Luxemburgern und Portugiesen gegründet. Eine Gruppe von jungen Leuten aus dem katholischen Umfeld, die den portugiesischen Arbeitern täglich in ihrer näheren Umgebung begegneten und von den Bedingungen wussten, unter denen diese lebten und die heute kaum noch vorstellbar sind, hatte sich zum Ziel gesetzt, dies anzuprangern. Obwohl es ein Abkommen mit Portugal zur Anwerbung von Arbeitskräften gab, kamen viele Portugiesen auf nicht legalem Wege nach Luxemburg. Sie wurden nicht offiziell angeworben. Ihre Wohnsituation war katastrophal. Die União half ihnen im Umgang mit den Behörden und beriet sie in arbeits- und wohnungsrechtlichen Fragen. Gleichzeitig arbeitete die luxemburgische Polizei eng mit der portugiesischen Geheimpolizei Pide zusammen. Portugal war bis zur Nelkenrevolution 1974 noch eine Diktatur. Im selben Jahr gab es in Europa einen Einwanderungsstopp. Es kam zu Abschiebungen. Die Gruppe junger Luxemburger, der ich angehörte, hatte eine gehörige Wut im Bauch über die Passivität der Verantwortlichen und der Behörden hier in Luxemburg.

Vergangene Woche hat sich auf der Place d'Armes eine Frau kongolesischer Abstammung angezündet. Mittlerweile ist sie an ihren schweren Verbrennungen gestorben. In einem Brief an die Presse hatte die Frau den Behörden vorgeworfen, ihre Familie in den

Ruin getrieben zu haben. Sie sei ein Opfer von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Hat sich denn in Luxemburg so wenig geändert?

Es gibt ein luxemburgisches Modell, das nach dem Prinzip funktioniert: Ich kenne einen, der kennt wiederum einen und der kann mir dann weiterhelfen. Wenn du da nicht dazu gehörst, wird's schwierig. Beamte tun das, was ihnen ihr Chef erlaubt. Wie bei einem Hund an der Leine. Die Frage ist aber, wer sich am anderen Ende der Leine befindet. In der Tat wurde das Ausländergesetz von 1972 kaum geändert. Die Gesellschaft hat sich aber gewandelt, und das Land ist reicher geworden. Eine Forderung des Schwarzbuches ist, die Solidarität der einheimischen und ausländischen Arbeiterschaft zu fördern. Die Arbeiterschaft bestand damals aus ImmigrantInnen und Luxemburgern. Das hat sich verlagert. Damals belief sich der Anteil der Ausländer in Luxemburg auf 18 Prozent, heute sind es doppelt so viele. Früher gab es auch fast keine Grenzgänger, die stellen zurzeit 40 Prozent der Arbeitnehmer. Jetzt gibt es zudem Asylbewerber, die nicht arbeiten, weil sie nicht arbeiten dürfen. Dabei brauchen wir heute ebenso Arbeitskräfte wie damals.

Gelten die Forderungen des Schwarzbuchs folglich noch heute?

Wir versuchen weiterhin die ImmigrantInnen zur Eigenständigkeit zu ermutigen und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Wir wollen diesen Menschen das Gefühl der Zugehörigkeit vermitteln. Darüber hinaus kämpfen wir für ihre politische Mitbestimmung. Mit dem Anspruch, die politischen Rechte von ImmigrantInnen und Luxemburgern gleichzusetzen, wurde auch die Asti gegründet. Zwar gibt es das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Aber am Referendum über die EU dürfen nur die EU-Bürger teilnehmen, die sich anderthalb Jahre zuvor in die Wahllisten eingetragen haben. Da muss nachgebessert werden. In Deutschland oder Belgien kann man sich einen Monat zuvor noch eintragen..

Auch schiebt die luxemburgische Regierung unvermindert abgelehnte AsylbewerberInnen ab.

Ich bestreite nicht, dass es zum Selbstverständnis eines Staates gehört, dass er jemanden abschieben darf. Aber wer hier schon Jahre lebt, soll hier auch bleiben dürfen. Ein Skandal ist das lange Warten auf eine Entscheidung zum Asylantrag. Zu Recht sagt man, die Leute aus Montenegro seien aus

wirtschaftlichen Gründen gekommen. Warum sie also nicht als ImmigrantInnen behandeln? Die politisch Verfolgten aus Bosnien wurden als ImmigrantInnen in den Arbeitsmarkt integriert. Ein Portugiese erhielt in den 70er Jahren nach kurzer Zeit eine Arbeitserlaubnis. Jemand aus Montenegro wird dagegen nach langem Warten als Asylbewerber abgeschoben. Er ist eben nicht katholisch und kommt aus einem anderen Kulturkreis. Dabei braucht man doch nur das mehr als 30 Jahre alte Arbeitskräfteabkommen mit Ex-Jugoslawien wieder zu beleben.

Immerhin gab es vor drei Jahren eine Regularisierung.

Eine Regularisierung ist ein Beweis für eine gescheiterte Einwanderungspolitik. Trotzdem schuf die Regierung seither überhaupt keine Mittel, die Einwanderung zu regeln. Stattdessen folgt die Regierung einer Logik des Grenzen-Dicht-Machens und der Abschottung. Dabei weiß sie ganz genau, dass wir heute und morgen zusätzlich Arbeitskräfte und Einwohner brauchen, nur schweigt sie hierüber gegenüber der Wählerschaft. Das kann man keineswegs als verantwortliche Politik bezeichnen.

Wurden in den vergangenen 30 Jahren nicht auch von denen Fehler begangen, die sich für die ImmigrantInnen einsetzen? Was hätte man besser machen können?

Vielleicht haben wir allzu oft schwarz-weiß gemalt und sind manche Dinge zu forsch angegangen. Wir haben dabei nicht immer die Gürtellinie im Auge behalten. Heute würde ich vielleicht mehr nuancieren. Zum Beispiel haben wir einmal behauptet, in der Schule geschehe nichts. Das war zu pauschal. Es geschieht durchaus etwas, aber es sollte noch viel mehr sein. Mit so einem Vorwurf demotiviert man höchstens diejenigen, die etwas tun. Wir haben also noch viele Hausaufgaben zu erledigen.

Die Asti setzt sich für die Flüchtlinge ein. Angesichts der fortgesetzten Abschiebepolitik steht sie ziemlich hilflos da. Hat die Organisation etwas falsch gemacht?

Es ist uns nicht gelungen, die anderen Organisationen auf einen Kurs gegen die Abschiebungen mit zu nehmen. Aber die Rechthaberei der Regierung war determinant. Es ist nicht jedermanns Sache, konsequent eine solche Politik öffentlich zu kritisieren. Man kann auch zur Überzeugung kommen, dass es unnützlich ist, sich dagegen aufzulehnen. Unsere finanzielle Unabhängigkeit in politischen Fragen hat es uns sicherlich leichter gemacht, immer wieder den Unsinn der Abschiebungen nach fünf, sechs Jahren Aufenthalt anzuprangern

Welche Hausaufgaben stehen ganz oben auf Ihrer Liste?

Wir haben uns mit dem Anspruch gegründet, die politischen Rechte von AusländerInnen und Luxemburgern anzugleichen. Nach außen präsentiert sich Luxemburg als Land der Sonne. Wo aber Licht ist, gibt es auch Schatten. Die Menschen, die im Schatten der Demokratie leben, müssen ans Licht. Das ist schließlich der Anspruch einer Demokratie.

Interview: Stefan Kunzmann

Zur Person

Serge Kollwelter gehörte 1974 zu den Mitverfassern von "Fremdarbeiter. Ein Schwarzbuch über ihre Situation in Luxemburg". Die Themen des Buches sind unter anderem die Lebensbedingungen der Gastarbeiter, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch die Ursachenforschung der Zuwanderung. Herausgegeben wurde das Buch von der zwei Jahre zuvor gegründeten Gruppe União, aus der 1979 die Association de Soutien aux Travailleurs Immigrés (Asti) hervorging, deren Präsident Kollwelter von Anfang an ist. Der 57-jährige Primärschullehrer kämpft mit seiner Organisation für die politischen Rechte der ImmigrantInnen in Luxemburg. "Es kommt darauf an, dass die Ausländer mitreden können", sagt Kollwelter.